

Corona dämpft EU-Begeisterung.

51% der Österreicher sehen die EU geschwächt aus der Corona-Krise hervorgehen. Trotz desaströsem Krisenmanagement spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung (58%) für den Erhalt der Union aus.

(09.03.2021) Die Österreicher stellen der Gemeinschaft bei der Bewältigung der Corona-Krise ein schlechtes Zeugnis aus: 41% sehen im jüngsten Gallup Corona-Barometer* einen eher kleinen, 21% sogar gar keinen Beitrag, der von Brüssel zur Lösung der Krise ausgegangen sei. Nur 5% meinen, die EU habe einen großen Beitrag geleistet, 24% orten einen „eher großen“ Beitrag zur Krisenbewältigung. 31% geben an, die Mitgliedschaft Österreichs negativer als vor der Corona-Krise wahrzunehmen - allen voran die FPÖ-Sympathisanten mit 59%. Was die Zukunft anbelangt, so sehen 51% der Befragten die EU geschwächt aus der Corona-Krise hervorgehen, rund ein Drittel der Bevölkerung ist der Auffassung, dass die Krise keinen Einfluss auf die Rolle der EU haben wird.

„Die Corona-Krise und vor allem der Umgang mit den Impfstoffen hat dem Image der Europäischen Union schwer geschadet. Die Verzögerungen im Lieferzeitplan und Kritik an der Impfstoffstrategie der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bleiben in der Bevölkerung nicht unbemerkt,“ kommentiert Gallup-Chefin Andrea Fronaschütz. Mehr als ein Drittel der Österreicher (38%) geben an, dass ihr Vertrauen in die Kommissionspräsidentin gesunken sei. Ihr Ansehen hat dabei am stärksten unter den FPÖ-Sympathisanten gelitten (61%).

In der Frage der Impfstoffbeschaffung zeigt sich Österreich zweigeteilt

45% der Bevölkerung befürworten eine selbstständige Beschaffung der Impfstoffe durch die Nationalstaaten, 43% sprechen sich für eine gemeinsame EU-Strategie aus und 12% haben keine Meinung dazu. Eine nationale Beschaffungsstrategie favorisieren mehrheitlich die FPÖ-Sympathisanten (70%), während die Anhänger der Grünen (64%) und der NEOS (62%) sich hier am europäischsten zeigen. Die ÖVP-Affinen stehen dieser Frage eher ambivalent gegenüber - 47% sind für eine gemeinsame, 42% für eine nationale Vorgehensweise. Eine leichte Mehrheit der SPÖ-Anhänger (52% vs. 41%) bevorzugt die Bereitstellung von Impfstoffen durch die EU. Im Alters- und Bildungsvergleich ziehen vor allem Personen mit höheren Bildungsabschlüssen (59%) sowie jene unter 30 Jahren (52%) eine gemeinsame EU-Strategie bei der Impfstoffbestellung vor.

Die Verantwortung für die schleppende Belieferung der EU mit Impfstoffen sehen die Österreicher klar bei der EU, nur 27% vermuten Probleme in der Produktionskapazität der Impfstoffhersteller. 48% sind der Meinung, die Kommission habe sich gegenüber den Produzenten schlechter durchsetzen können als andere Länder, 47% finden, die EU habe zu spät die Impfstoffe bestellt und 36% sind der Ansicht, die EU habe beim Ankauf der Impfstoffe gespart.

Festhalten am europäischen Gedanken

„Erfreulich ist, dass die EU als Idee trotz Versäumnisse mehrheitlich nicht in Frage gestellt wird. Da in Zukunft große Themen wie der wirtschaftliche Neustart oder die Bewältigung

der Klimakrise anstehen, und die Bundesregierung immer mehr unter Kritik steht, gilt der europäische Zusammenhalt als die beste Option,“ so Fronaschütz weiter.

Bei der Frage, ob die EU nach der Corona-Krise erhalten bleiben soll, sprechen sich 58% der Bevölkerung für ein Weiterbestehen der europäischen Gemeinschaft aus, im Mai 2020 waren es 56%. Von der Zukunft der EU sind Menschen unter 30 Jahren (72%) und höher Gebildete (82%) mehr überzeugt als ältere und formal geringer gebildete Bevölkerungsschichten. Die Anhänger der Grünen (85%) und der NEOS (81%) sind proeuropäischer eingestellt als die Sympathisanten anderer Parteien (ÖVP 64%, SPÖ 68%, FPÖ 25%). 29% der Österreicher sind für eine Rückkehr zu den Nationalstaaten, 13% äußern sich nicht dazu.

„Das Festhalten am europäischen Gedanken zeigt sich auch an der Solidarität mit anderen EU-Ländern. Trotz aller Kritik am Krisenmanagement sieht die Mehrheit der Österreicher die EU als eine Solidargemeinschaft,“ laut Fronaschütz.

Der Anteil jener, die sich dafür aussprechen, den durch die Krise besonders schwer betroffenen EU-Ländern zu helfen, ist von 52% im Mai 2020 auf 58% gestiegen. 29% (nach 35% im Mai 2020) vertreten die Meinung, jedes EU-Land sollte sich um die eigenen Probleme kümmern. Besonders hoch ist die Zustimmung zur solidarischen Hilfe bei den Grün-Affinen (85%) sowie den Sympathisanten von NEOS (71%) und SPÖ (78%). Ebenso verhält es sich mit den höheren Bildungsschichten (68%) und Jüngeren unter 30 Jahren (67%).

Rückfragehinweis:
Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24 - 0

Das Österreichische Gallup-Institut,
Lobkowitzplatz 1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859
Foto: Dr. Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: www.beahasler.at

* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung 16+
(Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup Onlinepanel, durchgeführt vom 23. - 24. Februar 2021)

Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets mit eingeschlossen.